



Im Gespräch mit
**Marie-Luise
Wolff**

„Wir haben die Wende auf den Weg gebracht“

Ob es um die Versorgung der Bevölkerung, die Sicherung des Industriestandorts, die Frage der Erderwärmung oder die Erreichung anderer politischer Ziele geht: Die Energiewirtschaft ist einer der zentralen Sektoren unseres Wirtschaftssystems. Entsprechend einflussreich sind Verbände wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), dessen Unternehmen für rund 90 Prozent des Strom- und Erdgasabsatzes in Deutschland stehen. Anlässlich einer gemeinsamen Abendveranstaltung traf bdiv-Präsident Willi Rugen die Präsidentin Dr. Marie-Luise Wolff zum Gespräch.

bdiv aktuell: Frau Wolff, Sie sind Vorstandsvorsitzende des Energieversorgers ENTEGA und Präsidentin des BDEW. Kommt es da zu Interessenkonflikten oder kann man beide Funktionen strikt trennen? In der Öffentlichkeit haben Lobbyverbände ja eher ein negatives Image.

Wolff: Man muss die Funktionen trennen! Das gehört zum Geschäft. Die sogenannten Lobbyverbände sind Interessenvertretungen. Und damit völlig legitime Einrichtungen in einer Demokratie, genau genommen sogar notwendige Einrichtungen. Sie bündeln Einzelmeinungen und sorgen so für Übersicht. Dass jedes Unternehmen nur für sich spricht, halte ich nicht für zweckdienlich.

Herr Rugen, als frisch gewählter bdiv-Präsident sehen Sie das sicher ähnlich.

Rugen: Der bdiv ist aus meiner Sicht zwar kein Lobbyverband, aber ich teile die Ansicht von Frau Dr. Wolff. Ergänzen würde ich, dass es bei der Bündelung von Interessen auch um Effizienz geht, wie überall im Wirtschaftsleben. Auch in Verbänden kann sich nicht jedes Einzelinteresse durchsetzen. Wenn die Politik mit einer abgestimmten Verbandsposition

gen ist es der Energiewirtschaft gelungen, ihre CO₂-Emissionen allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 40 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu reduzieren. Damit wird sie das 40-Prozent-Minderungsziel für 2020 bereits in diesem Jahr erreichen. Um weiter voranzukommen, treten wir zum Beispiel für den Ausbau der Windkraft ein.

Bei der Politik steht die Windkraft derzeit nicht mehr so hoch im Kurs.

Wolff: Ohne Windkraft ist ein klimafreundliches Energiesystem nicht zu machen. Deshalb müssen zahlreiche Hemmnisse wie etwa die schleppenden Genehmigungsverfahren abgebaut und pauschale Abstandsregelungen überdacht werden. Stattdessen erleben wir gerade den Kollaps einer Zukunftsindustrie. Das ist eine ökonomische und ökologische Absurdität.

Rugen: Dass wir in Deutschland unsere Genehmigungsverfahren vereinfachen, halte ich überhaupt für einen ganz wichtigen Punkt. Wir sehen das bei allen Infrastrukturvorhaben, nicht nur bei der Energie. Klagen gegen Vorhaben sollten nur die Betroffenen erheben dürfen. Mit der Verbandsklage haben wir niemandem einen Gefallen getan.

Wie ist das Klimapaket der Bundesregierung zu beurteilen: ein Schritt in die richtige Richtung oder ein Minimalkompromiss, der in wenigen Jahren zu harten Maßnahmen zwingen wird?

Wolff: Gerade bei den zentralen Hebeln einer wirksamen Klimapolitik ist das Paket unzureichend. Ein CO₂-Preis mit Lenkungswirkung muss spürbar sein – die Bundesregierung hingegen will einen Preis, der nichts verändert. Das geht nicht zusammen.

Rugen: Unsere Mitglieder sehen das ähnlich. In einer Exklusiv-Umfrage für die WirtschaftsWoche haben über 60 Prozent der befragten Mitglieder angegeben, dass klimaschädliches Verhalten verteuert werden sollte. Die Zustimmung zu monetären Anreizen für klimafreundliches Verhalten lag sogar bei 64 Prozent.

Wolff: Gleichzeitig ist für uns aber auch klar, dass eine dynamische, innovationsgetriebene und wettbewerbsorientierte Energiewende nur mit niedrigeren Strompreisen gelingen kann. Stattdessen lässt die für 2020 geplante deutliche Erhöhung der EEG-Umlage den Steuer- und Abgabenteil beim Strompreis auf ein Rekordniveau schnellen.

Was müsste geschehen?

Wolff: Wertvolle Beiträge zu einer klimafreundlicheren Energieversorgung kommen nicht schnell genug voran. Die Investitionsbedingungen beispielsweise für die umweltschonende und effiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) müssen verbessert werden, ebenso die Rah-



konfrontiert wird, ist der erste Schritt zum Interessenausgleich schon getan. Gute Politiker wissen das zu schätzen und einzuschätzen.

Frau Wolff, der BDEW vertritt rund 1900 Unternehmen, die rund 90% des Stroms in Deutschland erzeugen – sei es fossil oder regenerativ. Welche Rolle spielt der BDEW im Gesetzgebungsprozess, was sind Ihre Positionen?

Wolff: Auch im BDEW gibt es unterschiedliche Interessen, aber die Gemeinsamkeiten überwiegen bei Weitem. Wir alle wollen saubere, sichere und bezahlbare Energie für die Menschen. Das erfordert Geduld und Kompromissbereitschaft – zwei Tugenden, zu deren Entwicklung ich als Verbandspräsidentin hoffentlich beitragen kann. Wo es schwierig wird, liegt das meist nicht an der Diversität der Unterneh-

men in der Wirtschaft, sondern an den politischen Rahmenbedingungen, die zuweilen falsch oder eben halbherzig gestaltet werden. Trotzdem: Wir unterstützen die Ziele der Bundesregierung und wollen unseren Beitrag dazu leisten, den Klimawandel zu stoppen.

Rugen: Auch das spricht für die Rolle von Verbänden. Der Sachverstand von Interessenvertretungen wie dem BDEW hilft der Politik, die Möglichkeiten und Wirkungen von Gesetzgebung sachgerecht zu beurteilen. Ohne diesen Sachverstand wären Vorhaben wie die Energiewende völlig unerreichbar.

Wie schafft man denn eigentlich so etwas wie eine „Wende“?

Wolff: Wir haben die Wende ja schon längst auf den Weg gebracht. Nach BDEW-Berechnun-



DIE INTERVIEWPARTNERIN

Dr. Marie-Luise Wolff (1958) studierte Anglistik und Musikwissenschaft in Deutschland, England und den USA. Sie promovierte an der Universität zu Köln.

Ihre Industrie-Laufbahn begann Dr. Wolff 1987 bei der Bayer AG in der Unternehmenskommunikation. 1988 wechselte sie zu SONY Deutschland und leitete dort ab 1991 das Marketing-Ressort. 1996 trat Dr. Wolff als Leiterin Unternehmenskommunikation in die VEBA AG ein. Zwischen 2002 und 2006 verantwortete sie die Unternehmensstrategie der E.ON Sales & Trading GmbH in München. 2006 wurde sie zur Geschäftsführerin der neu gegründeten E.ON-Vertriebsgesellschaft E WIE EINFACH Strom und Gas GmbH. Von Oktober 2009 bis Juni 2013 war Dr. Wolff Vorstand der Mainova AG. Seit Juli 2013 ist sie Vorstandsvorsitzende der ENTEGA AG, seit 2018 Präsidentin des BdeW, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.

menbedingungen für Energiespeicher. Die Planungs- und Genehmigungszeiten für neue Gaskraftwerke müssen weiter sinken. Die energetische Gebäudesanierung muss Fahrt aufnehmen und der Anteil grüner Gase durch entschlossene Förderung auch der Gas-to-Liquid-Technologien weiter steigen. All das ist machbar, aber in der Politik braucht es dazu mehr Entschlossenheit und Konsequenz.

Das gilt sicher nicht nur für die Energiepolitik. Müsste die Politik zum Beispiel auch mehr dafür tun, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen?

Wolff: Vor allem müssen die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Beruf und Familie besser vereinbar sind. Sprich: funktionierende Kinderbetreuung überall im Land. Zweitens brauchen wir mehr Frauen, die in den MINT- und Wirtschaftsfächern gut ausgebildet sind.

Rugen: Diesbezüglich ist ja schon viel erreicht worden, auch wenn sich das in den Zahlen noch nicht so niederschlägt, wie wir uns das wünschen würden. Die erfolgreichen Fälle sind nach meiner Beobachtung jedenfalls weniger einer Frauenquote zu verdanken, sondern den Qualifikationen und Leistungen der betreffenden Frauen. Eigentlich ist das doch erfreulich.

Wolff: Quoten sind bestenfalls eine vorübergehende Notlösung. Trotzdem müssen auch die Unternehmen mehr dafür tun, dass Frauen Führungspositionen übernehmen.

Führungskräfte treffen Entscheidungen, die weitreichende Folgen haben können. Wie sollte man mit dieser Verantwortung umgehen?

Wolff: Wirtschaftliche Akteure können die Verantwortung für ihr Tun nicht „outsourcen“, nach dem Motto: Wir kümmern uns ums Geschäft, für die Moral ist die Politik, sprich: die Gesetzgebung, zuständig. Entscheidend ist aus meiner Sicht immer die Frage: Könnte ich die Folgen einer Entscheidung vor allen rechtfertigen, die davon betroffen sind? Von der Antwort hängt ab, als wie fair eine Entscheidung oder Handlung (oder eine Unterlassung) gelten darf – übrigens halte ich das

für eine zielführende Erwägung auch und gerade im politischen Raum.

Rugen: Auch in diesem Bereich ist in den letzten Jahren schon viel in Bewegung gekommen. Wir haben gesehen, wie Nachhaltigkeitskriterien in Investitionsentscheidungen Einzug gehalten haben. Das gilt auch für die großen Investoren rund um die Welt. Green-Finance-Kriterien gelten heute überwiegend als etabliert.

Das ist die Seite der Investoren. Wie sieht es beim Endverbraucher aus? Selbst die beste Energie- und Klimapolitik funktioniert ja nicht ohne die Eigenverantwortung des Einzelnen.

Rugen: Als Wirtschaftswissenschaftler wissen wir, dass der Mensch sich nicht immer rational verhält – vor allem nicht rational im Sinne des Gemeinwohls, selbst wenn dadurch alle bessergestellt würden. Ethische Grundsätze können an dieser Stelle helfen. Worauf es ankommt, ist, dass sie mit entsprechenden Anreizsystemen vernünftig kombiniert werden.

Wolff: Ethische Grundsätze sind in allen Lebensbereichen wünschenswert. Es geht dabei aber nicht nur um persönliche Haltungen. Indem solche Grundsätze die Entscheidung von Gremien leiten – sei es in Kabinetten und Parlamenten – werden sie zu institutionellen Bedingungen, und auf die kommt es am Ende an. Große Menschheitsfragen wie den Klimaschutz beantworten wir nicht allein durch Handlungen oder Unterlassungen von Einzelpersonen, sondern vor allem durch strukturelle Weichenstellungen. Und darin eben liegt die Verantwortung der Politik sowie all derer, die auf sie Einfluss nehmen können.

Frau Präsidentin, Herr Präsident, vielen Dank für das Gespräch!